



Niko Paech
Befreiung vom Überfluss
Auf dem Weg in die
Postwachstumsökonomie
ISBN 978-3-86581-181-3
144 Seiten, 12 x 18 cm, 14,95 Euro
oekom verlag, München 2012
©oekom verlag 2012
www.oekom.de

Kapitel I

Über seine Verhältnisse leben – ein vermeintliches Menschenrecht

Um die These zu verstehen, derzufolge sich unser Wohlstand einer umfassenden ökologischen Plünderung verdankt, lohnt sich ein Blick auf die Schuldenkrise in der EU. Bemerkenswert ist die gedankliche Basis, auf welcher die zur Schicksalsfrage stilisierte Rettung Griechenlands und anderer ökonomisch maroder EU-Länder verhandelt wird. Ganz gleich ob im neoliberalen oder linken Lager, überall dringt dieselbe Logik durch: Die zu unfassbarer Monstrosität gediehenen »Rettungsschirme« seien zwar teuer und ihr Erfolg so ungewiss, dass damit bestenfalls Zeit zu gewinnen sei. Aber das andernfalls drohende Scheitern des Euro sei eben noch teurer und obendrein unsozialer, gerade für ein Land wie Deutschland. Käme es nämlich zur Wiedereinführung der D-Mark, müsste deren Wert wohl ungebremst steigen, währenddessen andere Währungen an Wert verlören. Folglich würden deutsche Exporte erschwert, was eingedenk aller ökonomischen

Rückkoppelungen unweigerlich eine Senkung des Bruttoinlandsproduktes, also der Finanzierbarkeit des derzeitigen Wohlstandsniveaus bedeutete. In diesem Fall müssten sich deutsche Bürger mit jenem materiellen Wohlstand zufriedengeben, der kraft eines weniger übergreifenden und nicht so beschleunigten Leistungsaustauschs möglich wäre. Wie schrecklich! Gemessen am schwarzmalerschen Lamento amtlicher EU-Lobbyisten müsste Deutschland vor Einführung des Euro eine von allen Außenbeziehungen abgeschiedene, auf einem erbarmungswürdigen Versorgungsniveau dahinvegetierende Armutsökonomie gewesen sein.

Die große Mobilmachung

Verschwiegen wird inmitten der angstgetriebenen Euro-Rettungsdiskussion, wie gut es der Ökosphäre, insbesondere dem Klimaschutz täte, wenn der gnadenlos auf Expansion und Mobilität gebürstete europäische Wirtschaftsraum entschleunigt würde. Nichts drangsaliert die Umwelt Europas harscher als ein mit Engelszungen gepriesenes Integrationsprojekt, das einzig der ungehinderten und umso ruinöseren Raumdurchdringung dient. Die europäische Entwicklungslogik ist von bestechender Schlichtheit: Demnach ist alles einzuebnen, was der Ausdehnung von industrieller und landwirtschaftlicher Produktion, dem Gebäude- und Infrastrukturnebau, bis in die letzte Nische reichenden Schiffs-

und LKW-Transporten sowie einem kerosintriefenden Bildungs-, Projekt- und Party-Nomadentum im Wege sein könnte. Dieser Entgrenzungsprozess mehrt Freiheitsgrade und Optionenvielfalt. Investoren können so jede institutionelle und räumliche Beengtheit überwinden: Eine grenzüberschreitende Abschöpfung betriebswirtschaftlicher Effizienzpotenziale, die in komparativen Kostenunterschieden bestehen, oder die Erschließung entfernt liegender Vermarktungsmöglichkeiten fällt umso leichter, wenn schlicht keine Grenzen, Währungsrisiken, Transportkosten, Planungsträgheiten, hinderlichen Genehmigungspraktiken oder gesetzlichen Disparitäten vorhanden sind. »Harmonisierung« nennt sich so etwas in Sonntagsreden.

Dieser reziproke Quasi-Imperialismus im Sinne einer gegenseitigen Raumdurchdringung greift auch auf individueller Ebene: Was mir vor Ort nicht zufällt, nicht gelingt, keine Anerkennung einbringt, dem Fortschritt meiner Selbstverwirklichungsansprüche nicht mehr genügt, mich langweilt oder mir mühsame Anpassungsleistungen abverlangt, ist vielleicht an einem anderen Punkt im europäischen (oder globalen) Koordinatensystem leichter zu haben. Genauso wie eine expansive Administration, der es zu eng geworden ist, weil die Ansprüche über das im eigenen Territorium Vorhandene hinausgewachsen sind, muss das mobile Subjekt ständig seinen Aktionsradius erweitern. Das Glück ist immer einen Ortswechsel oder eine Flugreise entfernt – zumindest

für jene, die ständig auf der Flucht vor einem beengenden Hier und auf der Suche nach dem verheißungsvollen Dort sind. Obwohl: Vielleicht fliehen moderne Subjekte auch nur vor der inneren Enge ihrer selbst.

Analog zu modernen Unternehmen, die ihre Wertschöpfungsketten in immer spezialisiertere Subprozesse fragmentieren, um diese je nach Kostenvorteil geografisch optimal zu verschieben, werden Lebensstile zu einer Ereigniskette räumlich verteilter Austragungsorte der individuellen Steigerung. Dies betrifft längst nicht mehr nur den Urlaub, sondern auch die Bildung, die soziale Vernetzung, die Fernbeziehung, das politische Engagement, künstlerische Betätigungen, den beruflichen Alltag, das Shopping, sportliche Aktivitäten, jedwede Freizeitgestaltung bis hin zu einem innereuropäischen Party- und Club-Tourismus.

Räumlich entgrenzte Produktionsketten und Lebensstile sind kein Nebeneffekt des europäischen Eifers, sondern dessen intendierte »Harmonisierungs-« und »Integrationsleistung«. Es ist das Ziel eines maximalen Wachstums an Wertschöpfung und individuellen Selbstverwirklichungsoptionen, dem durch immer neue Verwüstungen der Weg zu bahnen ist. Ein Abbau aller Hemmnisse – etwa in Form kultureller oder institutioneller Vielfalt – sowie massive Subventionen für die nötigen Infrastrukturen forcieren nicht nur die wechselseitige, ökologisch verheerende Raumdurchdringung von Gütern und Personen. Sie erzeugen obendrein den

unausweichlichen Druck, sich vorseilend an die ungehinderte Fluidität anzupassen. Vormalis Unerreichbares wird nun zwar möglich, aber nichts ist mehr sicher, denn im geplanten Raum interagiert nicht nur alles miteinander, sondern auch gegeneinander. Jedes noch so kleine Unternehmen oder abgelegene Dorf sieht sich gezwungen, für den europäischen (und globalen) Wettbewerb aufzurüsten. Ganz gleich ob aus defensiven oder offensiven Erwägungen: Vorsorgliche Investitionen in zusätzliche Verkehrsverbindungen, Großprojekte und andere Mobilmachungen sind nun unabdingbar. Die hinlänglich bekannte Konsequenz ist ein materieller Rüstungswettlauf, den langfristig niemand gewinnen kann, weil jeder vorübergehende Vorsprung nur die infrastrukturelle Nachrüstung der Zurückgefallenen vorprogrammiert. Aber ein Verlierer steht auf jeden Fall fest: die Ökosphäre.

Haben jetzt – zahlen später

Das Verschuldungssyndrom liefert ein weiteres Indiz dafür, dass moderner Wohlstand nur durch einen schmalen Grat von institutionalisierter Verantwortungslosigkeit getrennt ist. Wenn sich Produzenten vorübergehend verschulden, um Inputfaktoren für die nächste Planungsperiode vorzufinanzieren, kann dies nur in der Erwartung geschehen, dem Schuldendienst systematisch nachkommen zu können. Andernfalls würde die resultierende Zahlungsunfähigkeit den Betrieb nicht

fortbestehen lassen. Ein solches Regulativ scheint für Staaten nicht zu existieren. Schuldenfinanzierte Geschenke auszusütten kennt prinzipiell keine Obergrenze, insbesondere dann nicht, wenn es gilt, die oben skizzierte Expansionsdynamik durch Subventionen vor Stillstand – einem der Todfeinde des sogenannten Fortschritts – zu bewahren.

Das Haben-jetzt-zahlen-später-Prinzip verkörpert eine Entgrenzung zeitlicher Art. Um sich nicht mit dem zufriedengeben zu müssen, was kraft eigener Leistungen gegenwärtig erreichbar ist, wird der Vorrat an zukünftigen Möglichkeiten geplündert. Es erfolgt ein Vorgriff auf Leistungen, die noch gar nicht erbracht wurden. Das gegenwärtige Verschuldungssyndrom ist nicht nur ein Gradmesser für Gier und Ungeduld, sondern für organisierte *Verantwortungslosigkeit* – und zwar im buchstäblichen Sinne: Jene, denen eine *Antwort* auf die Frage nach den Folgen eines gegenwärtigen Lebens über die Verhältnisse zu geben wäre, leben noch nicht. Werden Schulden hinreichend weit in die Zukunft verlagert, schränken sie umso eklatanter Optionen und Freiheitsgrade nachfolgender Generationen ein.

Wie schützen sich aufgeklärte Zeitgenossen vor Gewissensbissen, die ein moralisches Defizit solchen Ausmaßes heraufbeschwören könnte? Indem sie eine geradezu abenteuerliche Paradoxie instrumentalisieren: Der faktischen Zukunftsvergessenheit momentaner Exzesse wird ein quasi-religiöser Überbau aufgepfropft, nämlich ausgerech-

net in Form einer rituellen Zukunftsbeschwörung. Im Zentrum des resultierenden Glaubenssystems stehen die Innovation und das Wachstum – beides im offiziellen Dienste des Wohlergehens zukünftiger Generationen versteht sich. Erstere soll die ökologischen Folgeschäden und Letzteres die spätere Schuldenlast eindämmen. So lässt sich die Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen einfühlsam simulieren.

Auch wenn es gelingt, den Schuldendienst innerhalb eines vorgesehenen Planungshorizonts abzuleisten, anstatt ihn auf die Zukunft abzuwälzen, ist dies nur sinnhaft, wenn wirtschaftliches Wachstum erwartet werden kann. Wer verschuldet sich schon, nur um nach einer vereinbarungsgemäßen Rückzahlung wieder auf das Ausstattungsniveau vor Schuldenaufnahme zurückzufallen oder gar zwischenzeitlich angehäuften Vermögenswerte zu tilgen? Folglich dient Verschuldung – abgesehen von elementaren Notlagen, die aus eigener Kraft nicht zu meistern sind – dem Aufbau eines wie auch immer gearteten Kapitalbestandes, dessen spätere Verwertung einen hinreichenden Überschuss erwarten lässt, sodass über die Schuldentilgung hinaus ein höheres Niveau an materiellen Möglichkeiten erreicht wird. Das gilt nicht minder für die Entwicklung von Humankapital etwa im Falle eines durch Schulden finanzierten Studiums. Auch diese Investition dient nichts anderem als dem späteren Anspruch auf ein höheres Einkommen.

Natürlich könnte die Verschuldung auch allein einer vorübergehenden Konsumsteigerung dienen, etwa der Finanzierung einer achtwöchigen Kreuzfahrt nach Lateinamerika. Dies setzt entweder voraus, auf hinreichendes Einkommenswachstum vertrauen zu können oder den Schuldendienst durch späteren Konsumverzicht bzw. Vermögensveräußerung zu finanzieren. Aber wie attraktiv und dementsprechend wahrscheinlich wäre die letztgenannte Alternative? Wer kostet gegenwärtige Ausschweifungen in dem Bewusstsein aus, diese später mit entsprechend schmerzhafter Entbehrung wieder ausgleichen zu müssen? Ein derartiges Nullsummenspiel würde der zeitgenössischen Fortschrittslogik eklatant zuwiderlaufen. Schlimmer noch: Es ergäbe sich sogar ein Negativsummenspiel, denn die Rückzahlung ist je nach Verzinsung höher als der Kredit. Ohne Wachstum gehen Verschuldungskalküle also nicht auf.

Offenkundig tendieren Konsumgesellschaften dazu, das Ausmaß an Verschuldung stetig zu erhöhen. Damit werden zusehends Forderungen an die Gegenwart gestellt, die sich nicht mittels gegenwärtiger Möglichkeiten befriedigen lassen, sondern die Zukunft belasten. Durch diese zeitliche Entgrenzung gegenwärtiger Ansprüche begeben sich moderne Gesellschaften in die Geiselnhaft einer unerbittlichen Wachstumsmaschine. Schließlich könnte es kein demokratisch zu wählender Politiker je wagen, ein auf Pump erreichtes Wohlstandsniveau zur Disposition zu stellen, indem er auch nur vorsichtig darauf

hinweist, dass nach sieben fetten Jahren nun unweigerlich sieben magere Jahre zu folgen hätten. Wer als Unternehmer oder Konsument mit dem reinen Gewissen auftrumpfen kann, seinen eigenen Wohlstand (vermeintlich) schuldenfrei erarbeitet zu haben, ist schnell versucht, die Staatsverschuldung als isoliertes Problem zu brandmarken. Verantwortlich sind demnach Politiker, die nicht maßhalten können, oder das Schuldgeldsystem in Verbindung mit dem Zinseszinsseffekt.

Beides ist nicht von der Hand zu weisen. Andererseits: Wie viel von dem märchenhaften Güter- und Mobilitätsreichtum wäre wohl denkbar, wenn der Fiskus nicht ständig über alles die Subventionsgießkanne hielte oder durch – im Übrigen ökologisch katastrophale – steuerliche Vergünstigungen viele elementare Produktions- und Konsummuster überhaupt erst ermögliche. Würden beispielsweise Flugreisen – die bekanntlich den maximalen Klimaschaden verursachen, den ein einzelnes Individuum auf legale Weise erzeugen kann – entsprechend ihrer tatsächlichen Kosten besteuert, könnte wohl nur noch ein sehr kleiner Personenkreis fliegen und Äpfel aus Neuseeland essen. In den unmittelbar davon berührten Branchen würde weniger Einkommen erwirtschaftet. Dies würde die Nachfrage in nachgelagerten Branchen senken, die möglicherweise abermals nachgelagerte Branchen in den Abwärtssog zögen ... Das ist die Kehrseite einer hochgradig arbeitsteiligen Wirtschaft, deren Leistungsfähigkeit daraus resultiert, dass alles mit allem zusammenhängt.

Kein Wunder also, dass Vater Staat selbst die schlimmsten Klimakiller nicht nur tunlichst vor jeder Besteuerung schützt, sondern nötigenfalls unrentable Flughäfen subventioniert. Im Übrigen würde jedes auch nur zärtliche Antasten handelsüblicher Freiheitsfetische wie Autofahren, Fliegen, Konsumieren, Telekommunizieren oder nach Belieben Einfamilienhäuser bauen mit drastischem Wählerstimmenentzug oder gar Aufständen quittiert. Die Nutznießer eines Lebens über die Verhältnisse sind längst in der Mehrheit. Genau daran scheitert auch die Besteuerung von Einkommen und Vermögen als naheliegende Möglichkeit, die Staatsschulden zu dämpfen.

Hinzu kommt, dass der entlastende Einkommenseffekt einer bestimmten Subvention zu einem Hebel für die Wohlstandsmehrung an ganz anderer Stelle werden kann. Die von unseren Vorfahren geprägte Floskel, sich besondere Dinge »vom Munde absparen« zu müssen, verweist darauf, dass der Vorrang von Grundbedürfnissen anderen Konsumgelüsten in die Quere kommen kann. Aus dieser Perspektive dienen zum Beispiel die europäischen Agrarsubventionen keineswegs dazu, die Verfügbarkeit andernfalls knapper Nahrungsmittel zu steigern. Die Subventionen tragen vielmehr dazu bei, den Ausgabenanteil für Nahrung zu marginalisieren, damit mehr Kaufkraft für Smartphones, Urlaubsreisen oder zur Finanzierung von Eigenheimen frei wird. Ohne Agrarsubventionen würde in Europa niemand verhungern. Ganz im Gegenteil:

Umweltqualität und Gesundheit würden vermutlich zunehmen, weil erstens der Ökolandbau und zweitens eine kleinräumigere bäuerliche Agrarstruktur bessere Chancen erhielten. Aber über eines lässt sich nicht hinwegtäuschen: Das Preisniveau der resultierenden *Lebensmittel*, die diesen Namen dann verdienten, wäre deutlich höher, sodass Ernährung einen höheren Einkommensanteil beanspruchen würde.

Ähnliches gilt für Bildung, Gesundheit, Sicherheit, Wasser, Verkehrssysteme, Energie, Abfallentsorgung, Kommunikationsinfrastrukturen, bestimmte Kulturangebote und andere vermeintliche Selbstverständlichkeiten. Gemäß landläufiger Auffassung sind auch deren Preise vom Fiskus gefälligst so niedrig zu halten, dass moderne Bürger sich nicht mit deren Finanzierung oder Bereitstellung herumschlagen müssen, sondern ihr davon verschontes Einkommen auf die schönen Dinge des Lebens konzentrieren können. Die Spielarten einer versteckten kollektiven Bereicherung, welche indirekt zur Staatsverschuldung beitragen, sind unerschöpflich. Davon profitieren nahezu alle Mitglieder prosperierender Gesellschaften, so ungleich – und darüber lässt sich vortrefflich streiten – die unmittelbare Inanspruchnahme auch verteilt sein mag. Ohne die Notwendigkeit von Verteilungsgerechtigkeit auch nur im Geringsten anzuzweifeln, geht es hier um die unterschlagene Frage nach der Herkunft dessen, worum gestritten wird. Lässt sich Plünderung etwa dadurch legitimieren, dass die Beute hinreichend gerecht verteilt wird?